

Phänomen-Verlag

Ulrike Guérot, Tom Amarque (Hg.)

DER AUSVERKAUF DER REPUBLIK

AfD & Meta-Krise

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Ulrike Guérot, Tom Amarque (Hg.)

Der Ausverkauf der Republik

EAN 978-84-127473-6-2

Phänomen-Verlag

Web: www.phaenomen-verlag.de

E-Mail: kontakt@phaenomen-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der mechanischen, elektronischen oder fotografischen Vervielfältigung, der Einspeicherung und der Verarbeitung in elektronischen Systemen, des Nachdrucks in Zeitungen und Zeitschriften, des öffentlichen Vortrags, der Verfilmung oder Dramatisierung, der Übertragung durch Rundfunk, Fernsehen oder Video, auch einzelner Textteile

Satz & Gestaltung: Phänomen-Verlag, 2024

INHALT

Vorwort	7
1. AfD – Phänomen & Kontext	11
Über undemokratische Strömungen	15
Die Straße kippt immer nach rechts	20
Von Bankenkrise, Populismus & Krieg	22
2. Was ist Faschismus?	25
Im Namen des Guten	29
Konservatismus vs. Fortschritt	31
Die Politik der Moral	35
Herrschaftszugriff auf das Menschenbild	39
3. Populismus: Boxen oder Catchen?	43
Ablenkung vom Eigentlichen	48
4. Das Phänomen der Massenformation	51
Die Politik der Inszenierung	60
Über gesellschaftliche Stockung	65
5. Das Ende der Gesellschaft	69
Der Durchmarsch der Libertären	74
Der Ausverkauf der Republik	78
Sirenen fürs Volk	82
Über die Autoren	85

VORWORT

Wir erleben eine Zeitenwende. Die sozialen Systeme und Institutionen der Politik, Bildung, Wirtschaft und Medien sind derzeit nicht in der Lage, die Vielzahl von Krisen, die sie verursacht haben, angemessen und effektiv zu lösen. Wir sind konfrontiert mit einem Ungleichgewicht zwischen Mensch und Natur, einem Kulturkrieg und zunehmend ideologischer Politik, einem aus den Fugen geratenem Kapitalismus und einhergehender Refeudalisierung, bevorstehender Massenmigration, zunehmender sozialer Vereinsamung, einer künstlichen Intelligenz, die Arbeitsplätze bedroht, sowie Mainstream Medien, die, wie Noam Chomsky in *Manufacturing Consent* betonte, ihrer eigenen Agenda folgen und durch Filter agieren, anstatt in objektiver Weise über Fakten zu berichten. Darüber hinaus verzerren die sozialen Medien unsere Wahrnehmung der Realität und wirken, so Jonathan Haidt¹, nachhaltig negativ auf die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen ein. Diese Vielzahl von voneinander abhängigen Krisen wurde schon vielfach als Meta-Krise oder Poly-Krise unserer Gesellschaft definiert.

1. Johnathan Haidt, *The Coddling of the American Mind*, 2018

In dieser Gemengelage nehmen in Deutschland besonders die AfD und ihre mediale Rezeption eine besondere Position ein, nicht nur durch unsere immer noch schwerwiegende Vergangenheit. Nazi-Vergleiche, Beschuldigungen und Verdächtigungen stehen auf der medialen Tagesordnung und behindern einen offenen Diskurs. Was sind die tatsächlichen Ursachen für das zunehmende Wahlinteresse der Deutschen für die AfD? Inwieweit lässt sich dieses Phänomen mit dem aufkommenden Nationalsozialismus vor knapp einhundert Jahren vergleichen, und inwieweit sind neue, noch nicht eindeutig definierte Faktoren Ursache für ihren Wahlerfolg? Was bedeutet es, in einer offenen demokratischen Gesellschaft zu leben, in der abweichende Meinung nicht mit einem *argumentum ad hominem*, sondern aufgrund ihres Sachinhalts bewertet werden *sollte*? Wie modern und aufgeklärt sind wir wirklich, wenn wir immer wieder auf archaische soziale Prozesse wie den vom Anthropologen René Girard diagnostizierten ‚Sündenbock-Mechanismus‘ zurückfallen? Und vor allem, in welchem Zusammenhang steht der zunehmende Erfolg der AfD mit der Metakrise, die uns alle verunsichert?

Das Online-Magazin Parallax-Media.com hat daher die renommierte Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot eingeladen, um außerhalb der Mainstream-Medien und im Rahmen eines Podcasts diese

Themen in der Tiefe zu ergründen, die diese Fragen erfordern, ohne dabei auf den Sensationalismus und die Empörungskultur, die die Mainstream-Medien heute vielfach kennzeichnen, zurückfallen zu müssen. Das Ergebnis war eine komplexe, tiefe und mosaikartige Darstellung und Analyse der unterschiedlichen sozio-kulturellen Faktoren, wie sie allein aufgrund der Zeitrestriktionen im deutschen Fernsehen heutzutage kaum möglich ist.

Aufgrund der schlicht überwältigenden positiven Resonanz auf diese Podcast-Aufzeichnung² haben wir uns entschieden, den Podcast nun in einer leicht überarbeiteten Transkription auch dem deutschen Leser zur Verfügung zu stellen, so dass die sachlichen Argumente, die hier vorgebracht werden, in Ruhe und Wohlwollen überprüft werden können.

Tom Amarque, Februar 2024

2. Siehe <https://youtu.be/qdjnhQiLhT8>

1.

AfD – PHÄNOMEN & KONTEXT

Wie können wir die AfD Partei sinnvoll einordnen? Ist nicht Inhalt und Kontext, in dem die Partei auftritt – historisch, ökonomisch, kulturell und politisch betrachtet – grundverschieden zu der NSDAP und den Nazis? Wäre es nicht sinnvoller, den Gegenwarts-kontext genauer zu untersuchen, um angemessen mit dem Phänomen ‚AfD‘ umzugehen?

Ja, erstmal danke für die Frage, das ist ein sehr komplexes Thema. Ich freue mich hier zu sein und das mit Ihnen zu diskutieren. Ich will gar nicht sagen, dass ich endgültige Antworten hätte, aber schauen wir jetzt mal auf die Frage der Abgrenzung der AfD zur NSDAP, zu den Nazis. Die erste Frage wäre schon mal, wer ist denn die AfD? Also, was meinen wir, wenn wir „die AfD“ sagen? Björn Höcke ist nicht Alice Weidel. Irgendwelche Stadt-ratsverordneten der AfD sind nicht unbedingt rechtsradikal, und die Wähler der AfD sind nicht die Partei AfD. Wer also sind die Akteure, können wir hier differenzieren? Ich glaube, das wäre mal das Erste. Und das gilt für alle Parteien. Wenn Sie sagen,

„die CDU“ oder „die SPD“, dann gibt es da auch verschiedene schillernde Personen. Niemand würde sagen, dass die SPD Kevin Kühnert und Saskia Esken ist und so weiter. Auch in der SPD, auch in der CDU lässt sich ein Meinungsspektrum abbilden. In früheren Zeiten hatte man in der CDU-Personen wie Norbert Blüm auf der linken Seite der CDU und Alfred Dregger auf der konservativen Seite der CDU. Sie waren aber in derselben Partei. Insofern würde ich mich erst mal gegen diese Generalisierung wehren, dass in der AfD alle „rechts“ oder im Zweifelsfall sogar „alle rechtsradikal“ sind. Diese Amalgamierung vermischt nämlich Partei, Führungspersonal der Partei und Wähler. Denn die entscheidende Frage ist doch: sind die Wähler der AfD auch „die AfD“? Darum müsste es ja gehen, wenn wir uns jetzt Sorgen, dass das Wählerpotenzial der AfD so massiv gestiegen ist in den letzten Jahren und jetzt bei 20 Prozent, teilweise 30 Prozent im Osten, liegt. Man hat ja den Eindruck, wenn man „die AfD“ sagt, meint man auch die Wähler der AfD, aber die Wähler der AfD sind erst einmal freie Bürger mit geheimem Wahlrecht und nicht „die AfD“. Das müsste man tatsächlich differenzieren.

Zunächst ist der historische Vergleich grundsätzlich erlaubt, denn er ist ein Instrument der Geschichtswissenschaft.

Zweitens, zu Ihrer Frage, ob es sinnvoll ist, die AfD mit der NSDAP zu vergleichen? Zunächst ist der historische Vergleich grundsätzlich erlaubt, denn er ist ein Instrument der Geschichtswissenschaft. Man kann immer alles vergleichen, muss dann aber nach strukturellen Kriterien oder Dimension unterscheiden. Erst einmal müssen wir feststellen, dass die AfD bisher nicht in der Regierung war, höchstens auf lokaler Ebene, ein bisschen in Landtagen, aber nie in der Bundesregierung, sondern sie ist Oppositionspartei. Das heißt, die AfD hat in diesem Land noch keine Politik irgendwie umgesetzt. Das heißt, für alles, was politisch schiefgelaufen ist, sind bisher einzig und allein die regierenden Parteien der letzten Jahre verantwortlich. Ob soziale Krise oder eine Bundesbahn, die nicht funktioniert oder ein Mittelstand, der gerade große Probleme hat oder die Bauernproteste: dafür ist nicht die AfD verantwortlich. Sondern für die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Zustände der Republik sind erst einmal die Parteien verantwortlich, die bisher und immer noch regieren. Und dieses Regieren generiert offenbar große Unzufriedenheit und Protest, der zunächst

völlig legitim ist nicht durchweg als „rechts“ geframed werden kann. Es spricht vieles dafür, dass die Wählerstimmen für die AfD Proteststimmen sind und nicht notwendigerweise „Rechtsradikale“³. Es geht hier nicht darum, eine Gefahr zu ignorieren oder kleinzureden, aber bei allem Respekt vor dem „nie wieder“-Argument, das jetzt viral geht: von den 33%, die die NSDAP bei den letzten freien Wahlen 1932 erzielt hat, ist die AfD bundesweit weit entfernt und die politische Kultur der Bundesrepublik ist eine andere.

Das ist schon mal ein wichtiger Unterschied, denn man müsste ja fragen, mit was vergleicht man die AfD? Vergleicht man sie mit der Zeit der NSDAP ab 1933 oder vergleicht man sie mit der Zeit vor 1933? Insofern halte ich die derzeitigen, großen Demonstrationen mit dem Motto „Nie wieder“ für viel zu plakativ bzw. für eine Phantombekämpfung.

3. Inzwischen ist politikwissenschaftlich gut untersucht, dass der „Flügel“ um Björn Höcke sicherlich rechtsextrem ist, nicht aber die ganze Partei, geschweige denn ihre Wähler so bezeichnet werden können, vgl.: Hajo Funke, Die Höcke-AfD. Vom gärrigen Haufen zur rechtsextremen Partei. Eine Flugschrift, Hamburg: VSA, 2020

ÜBER UNDEMOKRATISCHE STRÖMUNGEN

Jetzt können wir natürlich sagen, trotzdem haben wir auch heute, anders gelagert als damals, eine eindeutige Zäsur in der Demokratie. Das kann man, glaube ich, so sagen, denn es kommt ja nicht von ungefähr, dass seit längerem alle von Demokratie reden und die Vereine aus dem Boden schießen, die die Demokratie retten wollen oder reihenweise „Demokratiefördergesetze“ verabschiedet werden. Interessanterweise wurden diese Gesetze ja nicht in den 1970er oder 1980er Jahren erlassen, als es unserer Demokratie scheinbar noch gut ging. Es gibt also ein erkennbares demokratisches Unwohlsein, das Gefühl, das uns die Demokratie entgleitet. Dafür gibt es Gründe. Wir hatten zwei, drei Jahre sehr problematische und grundrechtseinschränkende Corona-Maßnahmen, durch die die Demokratie schwer geschädigt wurde. Dazu sind wir jetzt irgendwie latent in einer Art Kriegszustand. Die Länder der EU oder die Bundesrepublik sind zwar formal (noch) nicht im russisch-ukrainischen Krieg, liefern aber Waffen und immer mehr wird von „Kriegstüchtigkeit“ geredet. Zudem haben wir eine sehr polarisierte Gesellschaft, und zwar vor allem bei diesen Themen, also im Wesentlichen beim Thema der Freiheit während der Corona-Maßnahmen und beim

Thema Krieg oder Frieden mit Blick auf die Ukraine. Wir haben nachweislich Einschränkungen von Meinungskorridoren. Das ist ja inzwischen empirisch erhärtet, siehe z. B. die Twitter-Files u. v. a. m. Wir haben ebenfalls seit längerer Zeit eine moralische Schließung, beobachten also, dass eine Gruppe der Gesellschaft mit ideologisierten und eben auch moralischen Argumenten meint, auf der richtigen oder „guten“ Seite zu sein und deswegen die Meinungsfreiheit für diejenigen einschränkt, die den moralischen Impetus nicht teilen. Bei Corona hieß es, wir müssen uns impfen, und die, die für die Freiheit oder gegen die Impfung waren, wurden ausgegrenzt, diffamiert und sanktioniert. Dann hieß es, beim russisch-ukrainischen Krieg müsse man auf der Seite der Ukraine sein und die, die für den Frieden waren oder sind, wurden und werden ausgegrenzt, als „rechts“ geframed und teilweise mit drakonischen Methoden aus dem Diskursraum entfernt. Ganz abgesehen davon, dass auf sozialen Medienplattformen gezielt gelöscht wird oder einige Medienanbieter, etwas Russia Today, inzwischen schlichtweg in der EU untersagt sind, so dass schon die freie Meinungsbildung unterbunden wird.

**Insofern ist der Begriff „rechts“
inzwischen eine Amalgamierung für
alle, die in irgendeinem oder auch in
mehreren Politikbereichen einmal
kritisch gewesen sind.**

Das sind natürlich nachgerade undemokratische Strömungen, also die Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Versuch, mit moralischen und ideologisierten Positionen Politik zu machen. Das gilt neben Corona und Ukraine auch für andere Themenbereiche, etwa für die Klimadiskussion oder die sogenannte „Woke“-Agenda, also Sternchen- oder „Transgender“-Geschlechtsoperationen, wo vermeintlich progressive Positionen – teilweise von gesellschaftlichen Minderheiten – einfach durchgesetzt werden. An einer Universität z. B. kann man nicht nicht-gendern, es wurde über Regularien zur Pflicht gemacht. Und die, die nicht dafür sind, die entweder konservativ sind oder einfach z. B. ästhetische Kritik daran anmelden, werden im Grunde „als rechts“ ausgegrenzt. Und damit sind wir schon beim Thema: Diejenigen, die ausgegrenzt werden, die also aus irgendwelchen Gründen eine legitime Kritik an Regierungspositionen haben, sei es, dass sie mit den Corona-Maßnahmen nicht ein-

verstanden waren, weil die Freiheit grundgesetzwidrig eingeschränkt wurde; sei es, dass sie für den Frieden sind; sei es, dass sie die Gendersternchen nicht möchten; sei es, dass sie die Klimapolitik bzw. die zugrundeliegenden Daten in Frage stellen, sie alle wurden eigentlich in den letzten Jahren pauschal als rechts diffamiert. Insofern ist der Begriff „rechts“ inzwischen eine Amalgamierung für alle, die in irgendeinem oder auch in mehreren Politikbereichen einmal kritisch gewesen sind.

In Demokratien geht normalerweise eine Opposition gegen die Regierung auf die Straße und man mobilisiert keine Mehrheiten, um die Regierung zu stützen.

Die Ausgrenzung von Kritik durch „rechtes Framing“ ist aber per se schon ein undemokratischer Vorgang. Denn das, was wir jetzt als „Kampf gegen die AfD“ oder „Kampf gegen rechts“ bezeichnen, ist ja interessanterweise ein Protest *für* die Regierung und *gegen* die Opposition. Das ist als solches kein Phänomen in Demokratien. In Demokratien geht normalerweise eine Opposition gegen die Regierung auf die Straße und man mobilisiert keine Mehrheiten, um die Regierung zu stützen. Es ist ja eher

umgekehrt ein Phänomen von autoritären Gesellschaften, dass die Regierung Claqueure auf die Straße ruft und die Bürger um Gefolgschaft bittet oder sie dazu eben zwingt.